

11. DEZ 1962

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/247

Bonn, den 10. Dezember 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Versachlichung der Politik</u> Ein Gewinn der letzten Wochen Von G. Markscheffel	52
2	<u>Zehn Jahre Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft</u> Ein geglücktes Experiment	25
3	<u>Tatarenstil in München</u> Strauss und sein "Parteifreund" zu Guttenberg	24
3	<u>Seltenes Beispiel</u> Zum Rücktritt der Berliner Jugendsenatorin Ella Kay	21
4	<u>Union der Küsterländer</u> Sensationeller Vorstoß in der Hamburger Bürgerschaft	40
5 - 6	<u>Zahlen, die zu denken geben</u> Sowjetunion hat bereits 229,5 Millionen Einwohner Jährlicher Zuwachs 3,5 Millionen Von Rudolf Hornig	86

Chefredakteur Günter Markscheffel

Versachlichung der Politik

Ein Gewinn der letzten Wochen
Von G. Markscheffel

Trotz der innenpolitischen Unruhe der vergangenen Wochen und unabhängig davon, wie die nächste und wahrscheinlich letzte Regierung Adenauer zusammengesetzt sein wird, hat sich in allen Parteien des Bundestages ein beachtenswerter Zug zur Versachlichung politischer Auseinandersetzungen gezeigt. Dies könnte, wollte man von der Überlegung ausgehen, daß der Partisanengeist in der jungen deutschen Demokratie als überwunden zu gelten hat, ein erfreuliches Zeichen sein. In allen Parteien haben sich Persönlichkeiten gefunden, die trotz zahlreicher Meinungsverschiedenheiten Trennendes zurückzustellen wußten, dafür aber umso intensiver nach Gemeinsamkeiten suchten.

Wer den Inhalt der offiziellen und offiziellen Gespräche zwischen den einzelnen Parteienvertretern kennt, wird zugeben müssen, daß dieser grandiose Versuch zur Versachlichung der deutschen Politik tatsächlich ein bedeutsamer Einschnitt im politischen Leben des freien Teiles Deutschlands ist.

Nun würden wir uns einer Illusion hingeben, wollten wir etwa behaupten, dieser Zustand sei eingetreten, weil alle Politiker über Nacht Sachlichkeitsfanatiker geworden sind. Man muß diese durchaus lobenswerte Entwicklung in unserem engeren Bereich an größeren Zusammenhängen messen. Die Versachlichung der Politik, ganz allgemein, ist auf zwei entscheidende Faktoren zurückzuführen.

- * 1. Jene Männer und Frauen, deren Weltbild in ihrer Jugend durch weltanschauliche und ideologische Auseinandersetzungen geprägt wurde - und die dementsprechend politisch handelten - verlassen langsam, dem Gesetz der Natur folgend, die Bühne des öffentlichen Lebens. An ihre Stelle treten jüngere Kräfte, die zum Teil durch die Hölle des zweiten Weltkrieges, der Kriegsgefangenschaft und durch die Schwierigkeiten der Wiederaufbauperiode gegangen sind; die hierbei gelernt haben, daß es bei einer Entscheidung nicht immer auf den sogenannten Standpunkt, sondern auf die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit einer Entscheidung ankommt.
- * 2. Spätestens seit der Kuba-Krise ist, bewußt oder unbewußt, bei zahlreichen Politikern die Einsicht reif geworden, daß zwischen dem ENTWEDER - ODER Kompromisse notwendig sein können, um Katastrophen zu vermeiden.

Wort und Begriff "Kompromiß" wird im Denken vieler Menschen häufig mit dem Beiwort "faul" versehen. Dieser Gedanke mag unter gewissen Umständen berechtigt sein, trifft aber nur dann den Kern einer Sache, wenn bei irgendeiner Kompromißentscheidung anständige Grundsätze verleugnet werden. Ein Kompromiß wird jedoch zur konstruktiven politischen Tat, wenn durch ihn Katastrophen von unermesslichem Ausmaß vermieden werden können.

Auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik übertragen bedeutet dies, daß ein vernünftiger Kompromiß und die Versachlichung in der

Politik jener Katastrophe vorbeugen, die angesichts der Mauer in Berlin und der allgemeinen Bedrohung aus dem Osten dadurch entstehen würde, wenn sich die demokratischen Parteien im freien Teil Deutschlands in einem immerwährenden Feindverhältnis gegenüberstünden. Den Durchbruch zu dieser Erkenntnis erzwungen zu haben, ist das Verdienst derjenigen Politiker aller Parteien, die in der jüngsten Vergangenheit einen konstruktiven Kompromiß für die deutsche Politik versucht haben.

+ + +

Zehn Jahre Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft

sp - Vor zehn Jahren wurde die Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft mit dem Ziel gegründet, durch persönliche und sachliche Zusammenarbeit von Mitgliedern verschiedener Parlamente und Fraktionen die Voraussetzungen für die Bewältigung gemeinsamer Aufgaben zu schaffen. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um jene Probleme, die unabhängig von der jeweiligen Parteizugehörigkeit des einzelnen Parlamentarier - schlicher Vorentscheidungen bedürfen. So hat zum Beispiel die Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft in den Länderparlamenten und auch im Bundestag darauf hingewirkt, daß wissenschaftliche Grundlagen für die Vorbereitung zu Gesetzen über die Raumordnung, einer Konvention gegen die Verschmutzung der See und des Wassers durch Öl, Gesetzesänderungen und -ergänzungen zur Reinhaltung der Luft und Lärmbekämpfung, sowie Maßnahmen zur gesetzlichen Regelung bei der Bekämpfung der Atomverseuchung geschaffen wurden. Dies sind nur einige wenige Aufgaben, die sich die Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft gestellt hat, wobei zu bemerken ist, daß sich Politiker aller demokratischen Parteien dieser Tätigkeit mit gleicher Intensität gewidmet haben.

Heute zählt die Arbeitsgemeinschaft ca. 300 Abgeordnete als Mitglieder. Dazu kommen noch eine Reihe von hervorragenden Wissenschaftlern, die ständig mit der Arbeitsgemeinschaft korrespondieren und ihr für die Ausarbeitung von Expertisen zur Verfügung stehen. Die Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft stellt aber nicht nur die Verbindung zwischen den deutschen Parlamenten her, sondern vermittelt auch den Einblick in die parlamentarische Tätigkeit und die gesetzgeberische Dokumentation des gleichen Tätigkeitsgebiets im Europäischen Parlament, in der UNO und, von Fall zu Fall, auch in die Tätigkeit der Parlamente anderer Staaten.

Noch vor wenigen Jahren oft als Experiment betrachtet, ist die Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft zu einem wichtigen Bestandteil des parlamentarischen Lebens in der Bundesrepublik geworden.

+ + +

Tatarenstil in München

sp - Aus München kommt, am Wochenende, die Nachricht, die "Landesvorstandsschaft" der Christlich-Sozialen Union habe beschlossen, gegen der CSU-Bundestagsabgeordneten Freiherrn zu Guttenberg ein Parteiordnungsverfahren einzuleiten. Als Grund dafür, diesem Mann, der in der Öffentlichkeit weithin bekannt ist und dem seine Partei doch schon zumindest dafür dankbar sein müßte, daß er den Durchschnitt ihres Intelligenzniveaus hebt, künftighin die Betätigungsmöglichkeit für die allgemeinen Angelegenheiten in jener Partei zu nehmen, die er sich im Einverständnis mit Aderauer dazu aussuchte, wird angegeben, zu Guttenberg habe mit Sozialdemokraten über Fragen der Regierungsbildung gesprochen. Vorsitzender der CSU ist Franz-Josef Strauß.

Strauß ist vom Pech verfolgt. Denn natürlich muß sofort in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen: Dieser Strauß, eben erst zurückgetreten worden, wegen Berechnungsformen, die kaum in die Spitzensphäre einer modernen Demokratie passen, er haut schon wieder auf den Lukas! Nun will er also jemanden, der ohne seine, Straußens, Zustimmung aber auch unverbindlich Erkundungsgespräche führte, gleich aus der Partei ausschließen, kaltstellen, mundtot-machen - vielleicht tät' er ihn am liebsten in eine Höhle verbannen und einen Stein davor wälzen.

Diese Nachricht aus München ist eine echte Tatarennachricht. In diesem Augenblick begreift man erst, daß die Zeit, in der einer der allerwichtigsten Posten in unserem Staate von einem Mann besetzt war, dem es nicht an Verstand, aber offensichtlich an Vernunft fehlt und der alles, was er für ein Hindernis hält, ohne Rücksicht auf demokratische Sitten und Gesetze plattwalzen will, daß diese Zeit ein Ritt über den Bodensee gewesen ist.

+ + +

Seltenes Beispiel

sp - In Bonn haben wir im Zusammenhang mit den "Begleiterscheinungen" der Spiegelaktion einen Fall erlebt, wo ein Minister, inzwischen zum Rücktritt gezwungen, Beamte schuldig werden und dafür büßen ließ, was er, der Minister, sofort auf seine Kappe hätte nehmen müssen. In Berlin sind zwei Kinder in einem Pfliegenest zu Tode mißhandelt worden. Ganz Berlin spricht davon und fragt nach den Schuldigen. Wie konnte es geschehen, daß diese Kinder einem Polizeihauptwachmeister zur Pflege übergeben wurden, obwohl über ihn und seine Fähigkeiten als Kindeserzieher belastende Aussagen vorlagen. Der hochverdiente Senator für Jugend und Sport in Westberlin, Frau Ella Kay, hat nun die Folgerungen aus diesem Fall gezogen. Vor den Senat erklärte sie:

- * "Ich weiß, daß ich für die Genehmigung des Pfliegenestes
- * durch das Landesjugendamt die parlamentarische Verantwortung trage. Es war ein Irrtum, eine Fehlentscheidung".

Das ganze Leben dieser Frau war der Jugend und der Sozialarbeit gewidmet. Die Partei, der sie angehört, ist überzeugt davon, daß sie kein persönliches Verschulden für die tragischen Vorfälle trifft. Ihr Ausscheiden ist ein schwerer Verlust, aber er ist auch Ausdruck einer in unserem Lande nicht allzu stark verbreitenden Haltung. Es hat in Regierungen Minister mit großer parlamentarischer Verantwortung, für Fehler und Mißstände gegeben, trotzdem weigerten sie sich, mit dem Rücktritt das Selbstverständliche zu tun. Frau Senator Ella Kay setzte ein rühmenswertes Beispiel.

+ + +

- 4 -

Union der Küstenländer?

kn - In der Hamburger Bürgerschaft haben die Sozialdemokraten einen Vorstoß unternommen, der für den ganzen norddeutschen Raum von großer Bedeutung ist und mit Recht als Sensation empfunden wurde. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Gerhard Brandes forderte im Hamburger Rathaus eine Wirtschaftsunion der drei Küstenländer Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Da das Projekt auch in Bremen ein positives Echo gefunden hat, wäre man geneigt, diese Union der Küstenländer auch auf die Hansestadt an der Wesermündung auszudehnen.

Sorgen um Schiffbau und Hafenwirtschaft

Die Sorgen der Länder an der Küste sind ständig größer geworden, weil die Bundesregierung in Bonn offenbar zu wenig Verständnis für alle jene Dinge gezeigt hat, die mit Schiffbau, Schifffahrt, Hafenwirtschaft und Großraumplanung zusammenhängen. Hamburg und Bremen sind mit ihren Häfen in eine harte Konkurrenz zwischen den holländisch-belgischen Häfen und dem Rostock-Projekt der Sowjetzone gezwängt worden. Die Werften zwischen Emden und Hamburg sowie Flensburg und Lübeck haben ständig Personal entlassen müssen; es gab Bankrotts und der Auftragsmangel geistert schon durch die Direktionsbüros. Die an der Küste ansässigen Reedereien werden durch Flaggendiskriminierungen und bittere Frachtratenkämpfe immer stärker daran gehindert, Neubaufträge unterzubringen.

Überquellende Grosstädte

Ferner geht es in den Ringen in Hamburg und Bremen darum, überquellende Grosstädte mit Hilfe der Nachbarländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein in geordnete planerische Bahnen zu lenken, um den Bau oder Schlafstädte zu vermeiden. In den Küstenräumen Schleswig-Holsteins und Niedersachsens aber kommt es darauf an, die Chancen der Seefahrt wahrzunehmen und die reine Landwirtschaftsstruktur mit seegewandter industrieller Produktion zu bereichern. Das Zögern Bonns bei dem so überaus wichtigen Nord-Süd-Kanal-Projekt und dem damit verbundenen Ausbau des Elb-Trave-Kanals spricht Bände. Der veraltete Nordostseekanal gerät inzwischen in den Verruf der großen Schiffe.

Alle Parteien einig

Es mußte einmal aufgetrumpft werden. Die Solidarität der Länder an der Küste war längst spruchreif. Die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion im Hamburger Rathaus hat den Vorstoß gemacht und das Echo aus Hannover, Kiel und Bremen ist positiv. Der Zusammenschluß der norddeutschen Küstenländer ist, wie aus den ersten Äußerungen hervorgeht von allen Parteien und Regierungen als notwendig empfunden worden.

Am Anfang des Zusammenschlusses sollte nach der Ansicht der Hamburger Sozialdemokraten eine Planungskonzeption stehen, die über Landes- und Kommunalgrenzen hinausreicht und mit einer Bestandsaufnahme der Raum- und Siedlungsstruktur zu verbinden wäre.

Zahlen, die zu denken geben

Von Rudolf Hornig

Die Presse der Ostblockstaaten veröffentlicht seit einiger Zeit - in Nachklang zu den Feiern der bolschewistischen Oktoberrevolution und offenbar auch als Propagandakulisse zu den Chruschtschowschen Karbels - die Wirtschaft - an Parolen, eine Fülle von Zahlen über Entwicklung, Gegenwart und Zukunft der Sowjetunion, die man im Westen nicht übersehen sollte. Denn einige dieser Zahlen geben sehr zu denken. Sei es nun, daß sie die wachsende Potenz der UdSSR als der mit ihrem Volkereichtum an dritter Stelle in der Welt stehenden Landmacht demonstrieren, sei es andererseits, dass sie eindrucksvoller als alle Kommentare vor Augen führen, vor welche Probleme - zu einem bedeutenden Teil selbstgewählte oder selbstverschuldete - sich die Sowjets bei sich zuhause gestellt sehen.

Revolutionsgeneration in der Minderheit

Die Sowjetunion zählt heute mit 221,5 Millionen Einwohnern um rund 100 Millionen mehr als 1917, dem Jahr der bolschewistischen Oktoberrevolution. Die Jahre des Bürgerkrieges und der ukrainischen Hungernot nach der ersten gewaltsamen Kollektivierung mit ihren Millionen Toten sind genau so überwunden wie die riesigen Menschenopfer der Stalinzeit und des zweiten Weltkrieges. Noch bedeutungsvoller ist aber vielleicht die Tatsache, dass 163 Millionen der heutigen Sowjetbürger bereits nach der Oktoberrevolution geboren wurden. Die Revolutionsgeneration, gleichgültig ob Freund oder Feind der Revolution sowie einschliesslich der damals noch Kinderjährigen, ist auf 58,5 Millionen, ein Viertel der Bevölkerung also, zusammengeschrumpft. Sie stirbt zwar langsamer als anderswo, denn die UdSSR hat mit nur 7,5 Todesfällen auf 1000 Einwohner die niedrigste Sterblichkeitsziffer der Welt. Aber dieser minimalen Sterblichkeitsziffer steht auch eine Geburtenziffer von 25 auf 1000 gegenüber - die Bevölkerung nimmt jährlich um 3,5 Millionen zu. Über 12 Eheschließungen jährlich auf 1000 Einwohner sind ein weiterer sowjetischer Rekord.

Stadt und Land

Um diese so rasant wachsende Bevölkerung zu ernähren, hat das Regime (reichlich spät erst in den letzten Jahren) die Anbauflächen um 40 Millionen Hektar vergrössern lassen. Das grösste dieser Experimente ist die Neulandgewinnung in Nordkasachstan, die von der auf Zelinograd (Neulandburg) umbenannten Hauptstadt des Gebietes dirigiert wird. "Brot- und Fleischfabriken" werden die 40.000 Kolchosen und 8000 Sowchosen (Staatsgüter) der UdSSR genannt. Man berichtet jetzt von ihnen, dass sie über 2 Millionen Traktoren, eine halbe Millionen Mähdrescher, über 800.000 LKWs und "einige Millionen andere Maschinen" zur Verfügung haben, um die sich eine "Armee von 2,6 Millionen Mechanisatoren" kümmert. Man erfährt allerdings nicht, wieviel Boden in der UdSSR gebraucht wird, um einen Menschen zu ernähren. In den USA bringt ein Hektar die Bodenerträge zur Ernährung von zwei Menschen hervor. In den UdSSR hat man (im Vorjahr) immer noch zwei Hektar für die Ernährung eines Menschen benötigt. Daran können auch solche sowjetische Angaben nichts ändern, dass

die UdSSR die USA bei der Produktion von Milch und Butter pro Kopf bereits übertrifft und dass sie über die grössten Baumwollerträge der Welt verfüge. Der Mensch lebt nicht von Milch, Butter und Baumwolle.

Auch in der UdSSR wachsen die Städte und 52 Prozent der Bevölkerung leben nicht mehr auf dem Lande. Die Bevölkerungsziffer von Moskau wird mit 6,3 Millionen angegeben und ist demnach geringer, als man bisher vielfach (im Westen) geschätzt hatte. 1917 besass die UdSSR bei ihrem Start zwei Millionenstädte, Leningrad und Moskau. Heute haben bereits sieben sowjetische Städte mehr als eine Million, als letzte Stadt hat Nowosibirsk die Millionengrenze überschritten.

Betriebe, Pipeline, Gasleitungen

Über die Investitionstätigkeit in der UdSSR wird heute gesagt, dass die Summe der Investitionen von 1918 bis 1960 insgesamt 278,7 Milliarden (neue) Rubel getragen hätte und dass davon fast 81 Prozent allein nach dem letzten Kriege aufgewendet worden seien. Nach dem Kriege habe man 4.000 Grossbetriebe geschaffen. Heute zähle man in der UdSSR rund 700.000 Betriebe und weitere 100.000 befänden sich im Bau. Jede 9. Stunde nehme im Durchschnitt ein neuer Betrieb seine Produktion auf - so eifrig sei man derzeit beim Aufbau.

Mit besonderem Stolz wird vermerkt, dass die Sowjetunion bei ihrem ersten Fünf-Jahres-Plan noch ausländische Fachleute ins Land habe holen müssen; heute seien die Bauten der Wasser-E-Werke an der sibirischen Angara die grössten Bauvorhaben ihrer Art in der ganzen Welt und sowjetische Fachleute bauten den neuen Nil-Damm und andere E-Werke im Ausland. Zu den aussergewöhnlichen Aufbauleistungen der UdSSR gehöre auch die transkontinentale Pipeline vom Ural nach Mitteleuropa (zur Oder und Donau) mit einer Länge von 4200 km. Dazu kämen Erdgasleitungen über Hunderte von Kilometern und der Bau eines Verbundnetzes, für das es in der ganzen Welt keinen Vergleich gäbe.

Bundesgenosse Elektrizität

Als Lenin den Satz formulierte, Sowjetmacht plus Elektrizität sei Kommunismus, besaßen die E-Werke der Sowjetunion eine Leistungsfähigkeit von 12.000 kWh. Es dauerte immerhin bis zum Jahre 1932, bevor die damals erste und mit Hilfe von ausländischen Technikern erbaute Hydrozentrale Dneproges ihren ersten Strom lieferte. Seither und vor allem nach dem zweiten Weltkrieg haben die Sowjets ihre Erkenntnis in die Tat umzusetzen versucht, dass nur eine Massenerzeugung von Strom den gigantischen industriellen Aufbau des Landes sicherzustellen in der Lage ist. In diesem Jahr wird die Sowjetunion bereits 366 Milliarden kWh Strom erzeugen, um 39 Milliarden mehr als im Vorjahr.

Dabei steht die Ausnutzung der Wasserkraft im Vordergrund. An der Wolga arbeiten bereits zwei Mammut-Wasser-E-Werke. Das E-Werk in Bratsk an der Angara wird nach seiner Fertigstellung mehr Strom erzeugen als beide Wolga-E-Werke zusammen. An Angara und Jenissei wird eine Kaskade mit 22 Werken und einer Kapazität von 30 Millionen kWh errichtet - sie soll dem Verbundnetz des Ostblocks einmal jährlich 300 Milliarden kWh liefern. Daneben werden auch Wärme-E-Werke gebaut, eine neue Gruppe mit einer Leistung von 13 Millionen kWh ist im Aufbauplan der nächsten Jahre vorgesehen.

Man kann nur immer wieder sagen: Zahlen, die zu denken geben.